

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852

3.9.1852 (No. 208)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. September.

N. 208.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einschickungsgebühr: die gefaltene Postzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

Die Aufhebung des Kriegszustandes.

IV.

Die Presse.

Wenn von dem Kampfe gegen den Geist der Revolution die Rede ist, von der Pflicht für jeden wahren Vaterlandsfreund, in dem Kreise seiner Wirksamkeit für Recht und Gesetz als die Grundbedingungen des öffentlichen Wohls thätig zu sein durch That und Wort, Vorbild und Belehrung, so fällt ein wesentlicher Theil dieser letztern Aufgabe der Natur der Sache nach der Tagespresse anheim. Die Pflicht, die sie zu erfüllen hat, ist eine um so größere, als der üble Gebrauch, der von der Pressefreiheit in den Zeiten der Aufregung gemacht wurde, mehr als alles Andere dazu beigetragen hat, die Geister zu bethören und zu verwirren, die Gemüther zu vergiften, und alle sittlich-religiösen Grundlagen der Staatsordnung zu untergraben. Es war so nicht nur in Baden, es war so in ganz Deutschland, in den größten Staaten, wie in den kleinsten. Wenn nun trotz des mit der Presse getriebenen Mißbrauchs und des durch sie ohne alle Frage gestifteten Unheils die Regierungen Deutschlands dennoch nach Befestigung der Revolution am Prinzip der Pressefreiheit festgehalten, die Zensur nicht wieder hergestellt, sondern nur, wie auch die unfreie, größere Garantien gegen den Mißbrauch, in Uebereinstimmung mit den Ständen in die Pressegesetzgebung eingeführt haben, so wird jeder Vernünftige anerkennen, daß sie zu diesen Maßregeln veranlaßt und beauftragt waren, und die Pressefreiheit mit diesen Beschränkungen und Erschwerungen des Mißbrauchs immer besser ist, als die Zensur, und noch viel besser, als die Art der Pressefreiheit, die uns in den Zeiten der revolutionären Aufregung beglückte.

Denn in dieser Zeit hat die Pressefreiheit allerdings im weitesten Umfange dem Namen nach geherrscht, der That nach aber eine Preshyrannei, wie sie in den Zeiten der Zensur niemals geübt worden ist auch durch die strengsten Zensoren. Darüber konnte sich Niemand wundern, der die Geschichte und die Natur revolutionärer Parteien kennt. Die Revolution will Freiheit für Alle, auch Pressefreiheit; allein kaum ist sie zur Macht gelangt, so knechtet und knebelt sie die öffentliche Meinung in Schrift und Wort auf die empörendste Weise, indem sie, allerdings nicht durch die Zensur, wohl aber durch den Terrorismus roher Gewalt, jede Opposition gegen ihre Weise, die Menschen zu beglücken, gegen ihre Frevel an göttlichen und menschlichen Gesetzen zum Schweigen bringt. Von dieser Pressefreiheit haben wir auch in Baden einen Vorschmack gehabt, und wenn nicht Revolutionstribunale und das Beil der Guillotine Richter und Strafe für Presyvergehen wurden, so liegt die Ursache nicht an dem Mangel an gutem Willen von Seiten eines Fickler, Strube, Heinen, Heder &c., sondern in dem raschen Sturze ihrer Herrschaft, die dadurch verhindert wurde, in ihrer ganzen nackten Scheußlichkeit sich zu entwickeln. Weit genug war es übrigens schon gekommen; kein Drucker wagte zuletzt mehr, ein antirevolutionäres Blatt zu drucken, er lief Gefahr, daß der Pöbel seine Pressen zertrümmerte.

Wir wollen gerne glauben, daß es nicht bloß der Kriegszustand gewesen ist, der unserer Presse seit dem Sturze der revolutionären Herrschaft das Gesetz der Mäßigung und der Achtung der Autorität auferlegt hat; wir hoffen, daß auch vom 1. September an die Presse des Großherzogthums ihre Aufgabe und ihre Ehre darin suchen wird, an der immer größern Befestigung des Sinnes für Recht und Gesetz, der in der Treue gegen den Regenten seinen lebendigen Mittelpunkt hat, thätig mitzuwirken. Die Erfahrung, wozu das Gegentheil führt, liegt vor; und damit ist die Schuld um so größer, wenn dennoch gefrevelt wird. Die Presse ist in zahlreichen Organen, größern und kleinern Blättern, vertreten; die letzteren namentlich haben viel Böses gestiftet; sie werden hoffentlich in besseren Händen bleiben, und die Gemeindebehörden selbst es sich zur Aufgabe machen, für eine gute Leitung derselben zu sorgen.

Im Allgemeinen darf man wohl erwarten, daß die Presse der treue Spiegel der Gesinnung und Ueberzeugung sein wird, die wir als die in diesem Augenblicke im Lande vorwaltende betrachten dürfen. Wir werden uns nicht irren, wenn wir annehmen, daß man in allen Kreisen, wo man es wohl meint mit dem Besten des Landes in der Erneuerung des politischen Parteiwesens und der sich daran knüpfenden Parteikämpfe nur einen Rückfall in die unerfreuliche Seite früherer Zustände und eine Störung des Fortgangs unserer Genesung erkenne. Selbst in England sind die alten politischen Gegensätze der Whigs und Tories immer mehr im Verschwinden, und die Regierung kann ihren Schwerpunkt nicht mehr in der einen oder der andern Partei suchen; das politische Leben der Nation ist in einer Umbildung begriffen, und sucht nach einer andern Basis, als dem bisherigen, der wechselnden Scala der Gunst der einen oder der andern Partei im Volk, und ihres Uebergewichts im Parlament.

Das politische Parteiwesen, wie es sich in Deutschland gestaltete, hatte keine geschichtliche Wurzel, es war Nachahmung

französischer Verhältnisse, und hat die politische Entwicklung des Vaterlandes in seiner zunehmenden Ausartung mehr gehemmt und gefährdet, als gefördert.

Die Revolution hat die Gefahren enthüllt, die es in seinem Schooße trug; die Befestigung der Revolution hat, namentlich in Baden, die anarchischen Elemente vom Schauplatz des öffentlichen Lebens verdrängt, und wir hoffen, daß die Kräfte, wenn auch sonst verschieden gearteter und im Einzelnen nicht übereinstimmender Geistes, sich nicht mehr im Kampfe unter sich vergeuden, sondern im gemeinsamen Dienste des Vaterlandes nutzbar machen werden. Daß eine sog. parlamentarische Regierung, d. h. eine solche, die den Besitz und Schwerpunkt der Gewalt in eine Kammermajorität legt, die heut dieser, morgen jener Partei angehört, für deutsche Verhältnisse nicht paßt und nicht zuträglich ist, wird immer mehr eingesehen; wir verweisen in dieser Hinsicht auf die trefflichen Erörterungen im „Preussischen Wochenblatt“. Am wenigsten ist das Heil für uns Badener darin zu suchen; wir werden daher keine Versuchung haben, auf überwindene und durch die Zeit gerichtete Standpunkte zurückzuführen zu wollen, eben so wenig geneigt, systematisch zu opponiren, als systematisch Ja zu sagen, sondern jeden einzelnen Fall, ohne Rücksicht auf Parteiinteressen, nach den Interessen des Landes entscheidend. Diesen Charakter haben die zwei letzten Landtage gehabt und werden hoffentlich alle folgenden haben, und in demselben Geiste für Ausgleichung der Gegensätze, für Beseitigung aller persönlich-exklusiven Parteiwesens und Parteilichkeit zu wirken, das ist auch die Aufgabe der Presse, wenn sie für des Landes Wohl wirken will.

Se besonnenen und würdigeren Gebrauch die Presse vom dem Rechte der freien Diskussion machen wird, um so mehr wird sie dazu beitragen, das Andenken an den Mißbrauch und seine übeln Folgen in Vergessenheit zu bringen, und so nicht nur dem Lande, sondern sich selbst den besten Dienst leisten.

Antwort der preussischen Regierung auf die Erklärung der süddeutschen verbündeten Regierungen.

In ihrer, in der Sitzung vom 20. v. M. abgegebenen, Erklärung hat die preussische Regierung zwei Punkte als solche bezeichnet, deren Erledigung bei dem Wiederbeginn der Verhandlungen sie für den Fortgang der letzteren und für die fernere Betheiligung der einzelnen Regierungen bei denselben für präjudizell erachten zu müssen glaubt, nämlich:

- 1) Die Ertheilung der noch rückständigen Erklärungen über die, auf die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine bezügliche preussische Proposition und
- 2) Die Zustimmung dazu, daß die, auf einen Zoll- und Handelsvertrag zu beschränkten kommerziellen Verhandlungen mit der kais. österr. Regierung erst nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins eröffnet werden.

Aus der hierauf von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau in der Sitzung vom 21. d. M. abgegebenen Erklärung ergibt sich in Betreff des ersten Punktes, daß die genannten Vereingeregierungen durch die Beratungen über die, auf die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine bezügliche preussische Proposition die Ueberzeugung gewonnen haben, daß dieselbe kein Hinderniß für die Erneuerung der Zollvereins-Verträge bilde und daß sie deshalb bereit sein würden, dieser Proposition unter denjenigen Modifikationen beizutreten, welche sich in der bisherigen Verhandlung ergeben haben. Indem die preussische Regierung nach dieser Erklärung das allseitige Einverständnis über einen der wichtigsten Gegenstände der hiesigen Verhandlungen als vorhanden ansehen darf, kann sie darin nur mit aufrichtiger Befriedigung eine Bethätigung der bei früheren Veranlassungen von allen Vereinststaaten ausgesprochenen Ueberzeugung von dem hohen Werthe einer Verschmelzung beider Vereine erkennen.

In Beziehung auf den zweiten Punkt ist in der Erklärung vom 21. d. M. von der preussischen Regierung zunächst eine Aeußerung darüber begehrt, in wie weit sie die, mittelst der Kollektivklärung vom 25. Mai d. J. vorgelegten Vertragsentwürfe und insbesondere den Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages als Grundlagen der Verhandlungen mit der kais. österr. Regierung anerkennen, und in welcher Fassung sie den erwähnten Zoll- und Handelsvertrag demnächst anzunehmen bereit sei. Im Hinblick auf die zu der Kollektivklärung vom 16. v. M. in der Sitzung vom 20. v. M. mündlich ertheilte Erläuterung und auf ihre eigene Erklärung vom 20. v. M. glaubt die preussische Regierung diese Rückäußerung nicht anders als dahin auffassen zu dürfen, daß, bei befriedigendem Ausfall der von Seiten der Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau über den Umfang des mit der kais. österr. Regierung zu verhandelnden Zoll- und Handelsvertrages gewünschten näheren Auskünfte, die genannten Regierungen auch hinsichtlich des zweiten oben erwähnten Punktes sich der diesseitigen Ansicht anschließen.

Von dieser Auffassung ausgehend, nimmt die preussische Regierung, obgleich schon nach ihren vorangegangenen wiederholten Aeußerungen ein Zweifel über ihre desfallsigen Absichten kaum obwalten konnte, keinen Anstand, sich damit einverstanden zu erklären, daß der, der Kollektivklärung vom 25. Mai d. J. beigefügte Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages, ausschließlich der mit dem Entwurfe eines Zollvereins-Vertrages in Verbindung stehenden Bestimmungen im ersten Alinea des Art. 1, im ersten Alinea des Art. 4 nebst den hierauf bezüglichen Theilen des Separatartikels 1, im Art. 23 und im Art. 25, sowie vorbehaltlich näherer Erwägung der Bestimmungen Art. 5 lit. a, im Art. 7, im Separatartikel 7 Nr. 2, im zweiten Alinea des Separatartikels 8, im Art. 21 und in den letzten Worten des §. 9 der Anlage II, endlich unbeschadet der späteren gemeinsamen Entschliebung über die auch jenseits noch nicht als hinlänglich vorbereitet erachtete Anlage I, den nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins mit der kais. österr. Regierung einzuleitenden Verhandlungen in Form und Inhalt zu Grunde gelegt werde.

Die preussische Regierung darf um so mehr die zuversichtliche Hoffnung hegen, durch vorstehende Erklärung ihren, bei der Erklärung vom 21. d. M. betheiligten Zollverbündeten die Ueberzeugung gewährt zu haben, daß sie sich über den mit dem österr. Kaiserstaate abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag in allen wesentlichen Punkten mit ihnen im Einverständnis befindet, als sie in dem, in ihrer Erklärung vom 20. vor. Monats in Bezug genommenen Protokolle d. d. Wiesbaden, den 7. Juni 1851 bereits ausgesprochen hat, wie für die Richtung jenes Vertrages die künftige Herbeiführung einer allgemeinen Zollvereinigung als leitender Gesichtspunkt vorzuziehen müsse. Sie glaubt deshalb einer die oben dargelegte Auffassung der Erklärung vom 21. d. M. bestätigenden gefälligen Rückäußerung sofort entgegensehen zu dürfen, um dadurch in die Möglichkeit gesetzt zu werden, die Verhandlungen mit der Gesamtheit sogleich wieder aufzunehmen.

Sollte aber eine sofortige Rückäußerung nicht erfolgen können, also auch die fernere Unterbrechung der hiesigen Verhandlungen unvermeidlich sein, so kann die preussische Regierung auf die thunlichste Beschleunigung dieser Rückäußerung nicht dringen genug antragen. Aus der gesammten Lage der Verhandlungen und namentlich aus den, in Beziehung auf den Separatartikel 11 des Septembervertrages zu treffenden Verabredungen, ergibt sich die Nothwendigkeit, die Frage über den Umfang des künftigen Vereins spätestens bis zum 1. Oktober d. J. bindend festzustellen. Um für die hierzu noch erforderlichen formellen Arbeiten noch Zeit zu behalten, würde demnach eine bestimmte Beantwortung der Frage, ob eine gemeinschaftliche Grundlage der Verhandlungen vorhanden ist, baldmöglichst und jedenfalls noch in der ersten Hälfte des September erfolgen müssen. Die preussische Regierung hält sich hierunter des allseitigen Einverständnisses versichert, und überläßt sich der Hoffnung, daß in einer, innerhalb dieses Zeitraums anzuberaumenden Sitzung die von ihr gewünschte Rückäußerung erfolge, ohne welche sie in weitere Verhandlungen mit der Gesamtheit ihrer Zollverbündeten nicht würde eintreten können.

Schließlich kann die preussische Regierung nicht unterlassen, noch einer in der Kollektivklärung vom 21. d. M. berührten Frage zu gedenken. Im Art. 41 der älteren Vereinsverträge, wie im Art. 8 des Vertrages vom 8. Mai 1841 ist eine zwölfjährige Dauer der Vereinsperioden in Aussicht genommen und festgesetzt worden, und es ist in Uebereinstimmung hiermit eine gleiche Dauer für die mit dem 1. Januar 1845 beginnende Periode sowohl den mit den Regierungen von Hannover und Oldenburg abgeschlossenen Verträgen zu Grunde gelegt, als auch von der preussischen Regierung in der an ihre Zollverbündeten gerichteten Einladung zu der hiesigen Konferenz ausdrücklich in Vorschlag gebracht. Sie hat bisher keinen Grund gehabt, an dem allseitigen Einverständnis mit ihrer Ansicht über diese wichtige Frage zu zweifeln, und glaubt einen solchen Zweifel auch aus der Kollektivklärung vom 21. d. M. nicht herleiten zu dürfen, sie hat indessen, da in dieser Erklärung der näher festzustellenden Dauer der künftigen Vereinsverträge erwähnt ist, keinen Anstand nehmen wollen, ihre Ansicht hierüber wiederholt auszusprechen und dabei auf die großen Unzuträglichkeiten hinzuweisen, welche der durch eine zu kurze Dauer des Erneuerungsvertrages demselben beigelegte Charakter eines bloßen Provisoriums für die volkswirtschaftlichen Interessen aller betheiligten Staaten herbeiführen würde, während durch eine zwölfjährige Dauer der nächsten Zollvereinsperiode es keineswegs ausgeschlossen wird, über weitere Annäherungen der beiderseitigen Zollgebiete in Verhandlung zu treten.

* Vorstehende Erklärung wurde in einer außerordentlichen Sitzung der Zollvereins-Konferenz den 30. Aug. Nachmittags von dem preussischen Kommissar übergeben. Noch am Morgen, schreibt unser Berichterstatter zu Berlin, war es nicht bekannt, daß am Nachmittag eine Sitzung stattfinden werde. Der Inhalt der Erklärung war erst Mittags vorher, nach einer nochmaligen Besprechung des Ministerpräsidenten v. Manteuffel mit Hrn. v. Schele definitiv festgestellt.

worden. *) Die „N. Pr. Z.“, welche obige Erklärung zuerst bringt, fügt ihr die Bemerkung bei, sie habe Grund, zu versichern, daß Hannover, Braunschweig und die Thüringischen Staaten den Staaten des Darmstädter Bündnisses gegenüber die ausdrückliche Erklärung abgegeben haben, daß sie sich dieser neuesten preussischen Erklärung entschieden und unumwunden anschließen.

Die deutsche revolutionäre Propaganda in London und die Revolutionsanleihe.

Seitdem Mazzini im Jahr 1849 mit seiner italienischen Revolutionsanleihe so glückliche Resultate erzielt, waren auch die deutschen Flüchtlinge in London und Paris darauf bedacht, theils um die Mittel zu erhalten, einen neuen Losbruch in Deutschland herbeizuführen, theils um inzwischen ihre eigene Subsistenz sicher zu stellen, sich dieselben Hilfsquellen zu eröffnen. Bevor wir übrigens auf die betreffenden Schritte selbst eingehen, müssen wir zum besseren Verständnis einen kurzen Blick auf die Parteinungen unter den Flüchtlingen werfen.

Fidler, Gögg, Schimmelfennig, Schurz, Schmolze und Genossen waren von der Strenge der französischen Regierung in der ersten Hälfte des vorigen Jahres aus Paris und Frankreich ausgewiesen, und seitdem war London der ausschließliche Heerd des revolutionären Treibens. In London gab es Flüchtlingsverbindungen jeder einzelnen Nationalität. Für Italien hand und steht noch jetzt Mazzini allein an der Spitze der Flüchtlinge. Die Franzosen hatten und haben Louis Blanc und Ledru-Rollin, Jeden mit seiner Partei, zum Führer. Die Polen wurden bisher durch Alfred Darazs, die Wallachen oder Rumänen durch Bratiano, und die Ungarn durch Kossuth und während seiner Abwesenheit in Amerika durch seinen zurückgebliebenen Stellvertreter Niklas Kist repräsentirt. Nur die deutsche Propaganda hatte sich nie umfassend vereinigen können und ist noch bis zur heutigen Stunde in sich gespalten. Unter diesen einzelnen Nationalitätenverbindungen besteht, nachdem man schon früher die Nothwendigkeit eines vereinten Handelns erkannt hatte, seit geraumer Zeit eine Vereinigung sämtlicher Nationalitäten in dem europäischen Centralcomitee, gebildet aus Ledru-Rollin, Alfred Darazs, Mazzini und Arnold Ruge; sein Organ war früher die Zeitschrift „La voix du proserit“ und ist jetzt die Zeitschrift „Les peuples“.

Gegen dieses Centralcomitee wurde und wird hauptsächlich seitens der deutschen revolutionären Kräfte intrigirt, unter welchen sich in neuerer Zeit zwei Korporationen gebildet haben, die Londoner Emigrationsgesellschaft und der deutsche Agitationsverein. Beide bieten ihrem Aeußern und ihren Bestrebungen nach dieselbe Erscheinung dar. Beide sind aus den bedeutenderen Persönlichkeiten der deutschen Emigration gebildet, die ursprünglich unter dem Namen der ersteren vereinigt waren, bis eine im Laufe der Zeit hervorgetretene entschiedene Meinungsdivergenz und kleinliche persönliche Eifersucht die Trennung herbeiführte. Hauptsächlich war es Fidler, in Uebereinstimmung mit Gögg, Sigel und Taufenau, der sich Willig und dessen Anhang gegenüber stellte. Sie wollten vor allen Dingen ein stehendes revolutionäres Comitee zu Stande bringen, das gleichsam die leitende Behörde aller revolutionären deutschen Parteien bilden sollte (daher der neue „Agitationsverein“), während Willig, Kinkel, Dypenheim u. nur einen Verein verlangten, welcher die Londoner deutschen Flüchtlinge repräsentire und bestimmte Fragen, die den Cardinalpunkt der Revolution bildeten, zum Abschluß bringe (daher der Name „Emigrationsverein“).

So war es zum Bruch und zur Bildung der genannten beiden Körperschaften gekommen. Der Emigrationsverein besteht namentlich aus Kinkel, Willig, Schurz, Reichenbach, Dypenheim, Meyen, Tschow, Schimmelfennig, Haug, Vorheim, Schwelge, Schönemann, Damerow, Dswald Diez, Harke, Gerbert, Jülich u. Der Agitationsverein aus Ruge, Fidler, Taufenau, Sigel, Gögg u. Unter den vorgenannten Parteien, welche nur politische Zwecke, d. h. Abschaffung der bestehenden Staatsformen in Europa auf dem Wege der Revolution, und die Herstellung allgemeiner, demokratisch organisirter Republiken verfolgen, und zum Theil diesen Vereinen gegenüber, bestehen in London aber auch noch die Kommunistenverbindungen, und auch von diesen gibt es zwei Fraktionen: die Marx-Engels'sche, welche den neuen Kommunismus will, und ihn mehr theoretisch auszubilden und auszubreiten sucht, und die Willig-Schapper'sche, welche nur unter dem Deckmantel der kommunistischen Gleichheitstheorie die Arbeiter für die revolutionären Ideen zu gewinnen, und dieselben zu blinden Satelliten der Sozialdemokratie zu machen bestrebt

*) Die Thatsache, daß die preussische Regierung eine Erklärung abgegeben habe, war demnach von dem „Staatsanz. f. Würt.“ doch richtig angegeben worden. Der historische Verlauf erklärt es von selbst, wie unser von Berlin 30. d. Morgens, abgegangener Brief davon noch keine Kunde enthalten konnte. Se. Maj. der König ist nicht, wie berichtet worden war, am Abend des 30. Aug., sondern noch vor Uebergabe der Erklärung in Berlin eingetroffen. Ob auch das Prädikat „entgegenkommend“, das der „Staatsanz.“ der preussischen Antwort beilegt, zutreffend sei, ist eine andere Frage, die sich Jeder aus dem Wortlaut der Erklärung beantworten kann. Die Erklärung ist übrigens allgemein an diesem Tage nicht erwartet worden. So sagt die Redaktion der „Köln. Ztg.“ vom 31. v. M.: „Der Telegraph meldet eben von Berlin eine Nachricht, die ganz unerwartet kommt. Man glaubte, die Rückübertragung Preußens auf die Antwort oder vielmehr die Gegenfrage der Darmstädter Koalition erst nach mehreren Tagen erwarten zu dürfen; mehrere Briefe aus Berlin von gestern, 30. d., sprechen sich dahin aus. Sie ist schon gestern erfolgt.“ Und sogar die unter dem Einfluß des preussischen Ministeriums stehende Berliner „Lit. Corr.“ sagt in einem Artikel vom 31. Aug.: „Ganz unerwartet wurden gestern die Mitglieder der Zollkonferenz zu einer Sitzung in das Hotel des Finanzministers eingeladen und die Rückantwort der preussischen Regierung auf die Erklärung der Koalition überreicht.“ — Man wird es so begreiflich finden, wenn auch wir nicht zu den Erwartenden gehört haben. D. R.

ist. Daher kommt es denn, daß, während die erstgenannte Fraktion vermöge der Grundsätze und Lehren des Kommunismus ein entschiedener Gegner der oben erwähnten politischen Parteien als der sog. Bourgeois- und Sozialdemokraten ist, die zweite Fraktion sich derselben genähert hat, und daß Hauptführer Willig sogar Mitglied des Emigrationsvereins und der Verbündete Rinkels geworden ist. Zu diesen Kommunistenverbindungen, obgleich sie keineswegs national abgeschlossen sind, gehören übrigens meistens nur Deutsche, sehr wenige Franzosen.

Deutschland.

† Karlsruhe, 2. Sept. Sr. Königl. Hoheit der Regent hatten auf heute Morgen eine große Parade auf dem Exercierplatz vor Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Wisa befohlen. Die gesammte Garnison, mit Ausschluß der im Lager befindlichen Truppentheile, nahmen an derselben in Paradeuniform Theil. Sie begann um 8 Uhr und wurde kommandirt von dem Hrn. Garnisonskommandeur Oberst v. Roggenbach. Wie wir vernehmen, wurde der Haltung und taktischen Ausbildung der Truppen am Schlusse der Parade sehr ehrendes Lob zu Theil. Auch J. Königl. Hoheit die Großherzogin Sophie nebst den Prinzessinnen Töchtern Großh. Hoheiten wohnten dem militärischen Schauspiel eine Zeitlang an.

* Aus Baden, 2. Sept. Den Freiburger Blättern zufolge verunglückten am 31. v. M. zwei Arbeiter zu Freiburg beim Steinprengen in dem für die neue Richtung des Gewerbebahns zu erbauenden Tunnel. Auf ähnliche Weise fand ein Arbeiter im Höllenthal kürzlich seinen Tod. — Am 13. d. beginnen die Schwurgerichts-Verhandlungen zu Freiburg.

Die neueste Babeliste von Badenweiler zählt als Gesamtsumme der Personen der diesjährigen Saison 1839 Personen auf.

‡ Bruchsal, 1. Sept. Montag 20. d. werden die Verhandlungen des Geschworenengerichts des Mittelrheinkreises für das dritte Quartal ihren Anfang nehmen.

— Sinheim, 1. Sept. Die Immoralität treibt doch bisweilen gar traurige Früchte. Als Beispiel dafür mag dienen, daß in einer Gemeinde unseres Amtsbezirks in der vorigen Woche drei Brandversuche stattgefunden haben. Die beiden ersten wurden bald entdeckt, und das Feuer gelöscht; das dritte Mal aber kam der Brand zum Ausbruch und verzehrte ein Haus nebst Scheuer. An böswilliger Brandstiftung ist kaum zu zweifeln.

* Krautheim, 31. Aug. Der königl. preussische Geh. Rath Hesse berichtet in seinen sehr interessanten „amerikanischen Reiseblättern“ von Santo Tomas, daß er daselbst mehrere als Surrogate der Kartoffeln dienenden Knollengewächse getroffen habe, von denen namentlich eine die f. g. Yam sich durch ihre große Ergiebigkeit wie durch ihren vorzüglichen Geschmack auszeichnet. Diese Pflanze soll durch Stecklinge gepflanzt werden und bei der Auswahl eines kräftigen Triebes, des f. g. Kopses, nach 11 Monaten 5 — 6 Knollen per ein Stoch hervorbringen, von denen jede gewöhnlich 50, oft aber auch an 120 Pfund wiegt. Ein Europäer soll neuer diese Knollenfrucht im Geschmacke von der Kartoffel kaum unterscheiden können, und wäre es also bei der immer noch vorhandenen Krankheit unserer Kartoffeln um so wünschenswerther, mit Akklimatisirung der Yamspflanze einen Versuch zu machen. Den Landwirthen und Freunden der Landwirtschaft diene einseitigen zur Nachricht, daß nach vorliegender Mittheilung Hr. Centralstelle vom 27. d. M. die Gr. Garteninspektion bereits beauftragt ist, wegen Verpflanzung dieser Wunderpflanze nach Europa die geeigneten Schritte zu thun.

Nachdem ich Ihnen schon öfters über den Stand der landwirtschaftlichen Produkte in unserem freundlichen Jartitale berichtet habe, will ich heute einmal auch von einem in die Landwirtschaft eingreifenden Walzprodukte, den Eicheln, berichten. Die Eichbäume hängen nämlich in hiesiger Gegend von dieser für die Schweinezucht so vorzüglichen Frucht zum Brechen voll, und kann sich somit heuer der mit der Schweinemästung sich befassende Landwirth den größten Theil seines Futterbedarfs auf sehr billige Weise in den Waldungen sammeln lassen, und die Kartoffeln für seinen Mimenischen aufsparen. Es wäre deßhalb zu wünschen, daß das Eichellesen in den Gemeinde- und Staatswaldungen unter gehöriger Ueberwachung durch die Forstbehörde gestattet werden möchte.

† Baden, 2. Sept. Im Hinblick auf unsere neulichen Notizen über das Verunglücken der in Baden beabsichtigten Luftfahrt sendet uns Hr. Wenzinger eine auflärende Mittheilung, der wir folgendes entnehmen: „Zu der am 29. Aug. bestimmten Fahrt ließ ich Samstag Morgens den Ballon füllen, weil mir am folgenden Tag kein Gas geliefert werden konnte. Der Ballon stand die Nacht hindurch, nicht halb gefüllt, dem fürchtbarsten Regen ausgesetzt, dessen Druck das schon eingelassene Gas entweichen machte. Wir füllten nun wieder von Sonntag Morgens 2 Uhr an, ohne jedoch die volle Füllung bis zur bestimmten Abfahrtszeit erzielen zu können. Da noch 50 Pfund Tragkraft fehlten, mußte die Fahrt unterbleiben. Den nächstfolgenden Tag wurde wieder gefüllt, und zwar so, daß der Ballon ganz voll und strogend anzusehen war; aber dennoch fehlten noch 25 Pfund Tragkraft, wodurch sich dann herausstellte, daß der Gasstoff im Ganzen zu schwer und nicht so geeignet war, wie doch vorausgesetzt gewesen wäre. Deßhalb aber kann weder der Gasstoff noch mir eine eigentliche Schuld beigemessen werden.“ — Hr. Wenzinger gedenkt in Kürze in Karlsruhe eine zweite Fahrt zu machen, wo sich zeigen werde, daß nur der Füllungsstoff Schuld an dem Mißglücken seiner Versuche sei, die er dann in Baden zu wiederholen gesonnen ist.

○ Stuttgart, 1. Sept. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten, welche von diesen Morgen um 9 Uhr bis diesen Abend 5 Uhr währte, war entscheidend für endliche und friedliche Ausgleichung zwischen Regierung und

Kammer über den Hauptfinanzetat für 1852/53. Mit 45 gegen 36 Stimmen wurde auf den Antrag des Hrn. v. Barnbüler sämmtlichen von der Regierung in ihrem letzten Finanzvortrag gemachten Propositionen, von welchen sie nicht abgehen zu können erklärte, zugestimmt. Damit also genehmigt: 1) früher an dem Tilgungsfond für die Staatsschuld in Abzug gebrachte 40,683 fl.; 2) früher gestrichene 83,841 fl., die noch zur Vollendung des Festungsbaues von Ulm erforderlich sind; und 3) die 15,196 fl., welche am Militäretat für den Präsenzstand und den Adjutanten der Artillerie abgezogen worden waren. Weiter wurde 4) der Berechnung der Regierung über den Ertrag der Eisenbahnen, worüber eine Differenz von 130,000 fl. bestand, nunmehr zugestimmt, und ebenso 5) der Berechnung der Regierung über den Ertrag der Accise, worüber eine Differenz von 30,000 fl. bestand, beigetreten. Die Deckung des dadurch jährlich noch etwa nöthigen Betrags von 120,000 fl. wurde gleichfalls auf den Antrag Hrn. v. Barnbüler's durch eine Malzsteuer-Erhöhung von 20 auf 24 fr. für das Simri trocken oder eingeprengten Malzes mit 46 gegen 35 Stimmen beschlossen. Vorher schon wurden in der heutigen Sitzung die noch zwischen beiden Kammern bestehenden Differenzen in Betreff des Gesetzes über die Liegenchafts-accise ausgeglichen; sodann dem Antrage der Regierung zugestimmt, die Steuer von Apanagen auf 8 %, von Kapitalien und Renten auf 5 %, und von Dienst- und Berufseinkommen auf 8 % zu setzen, zugestimmt. Diese Besteuerung wurde mit 61 gegen 20 Stimmen gutgeheißen und der Ertrag derselben auf 800,000 fl. angenommen. Auch die Erneuerung der Staatsgarantie für die Mobilien-Feuerversicherungsgesellschaft dahier mit 100,000 fl. wurde genehmigt. Hiernach sind jetzt zur Vollendung des Etats und zur Endabstimmung über denselben nur noch zwei bis drei kurze Sitzungen nöthig, und so wird die Vertagung ohne Zweifel bis zum Schlusse der Woche eintreten können.

Was die Dauer der Vertagung betrifft, so dürfte diese sich noch nicht vorausbestimmen lassen, und wahrscheinlich wird eine Wiederberufung nicht eher stattfinden, als bis die Kommissionen sämmtliche vorliegende Geschäfte vollkommen erledigt haben, daher dem Ausschuss und Präsidium die Ermächtigung zu ertheilen sein dürfte, nach Bedarf diese oder jene Kommission zusammenzuberufen.

Wie wir hören, soll in Bälde der Entwurf eines Landes- kulturgegesetzes im Druck erscheinen.

Nach dem „Staatsanzeiger“ ist durch das Gewitter von vorgehern auf gestern die Telegraphenverbindung zwischen Biberach und Friedrichshafen gestört worden.

München, 30. Aug. (N. C.) Gestern hat sich der Staatsminister des Innern, Hr. v. Zuehl, für einige Wochen auf sein Landgut bei Wiesbach begeben und morgen wird der Hr. Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten auf 14 Tage nach Reichenhall reisen.

Der Erzbischof von Paris, Mons. Sibour, hat gestern seine Reise nach Salzburg fortgesetzt.

Kassel, 31. Aug. (Raff. J.) Die Abgeordneten zur Zweiten Kammer der Landstände haben mit Ausnahme der Mitglieder des Verfassungs- und Rechtspflege-Ausschusses und der Sekretäre abermals Urlaub erhalten; ihr Wiederzusammentritt dürfte im Laufe des Oktober erfolgen.

Wie man vernimmt, wurden in der letzten vertraulichen Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände noch verschiedene Anträge gestellt, so von dem Deputirten Giese ein Antrag auf anderweite Regulirung der Einquartierungslast, von dem Deputirten v. Kugleben wegen Ausgleichung der Einquartierungslast durch das Bundes-Exekutionscorps, von dem Deputirten Löber wegen Errichtung einer Hagel-Assekuranz, von dem Deputirten Hüter wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichtes, von dem Deputirten Reineke wegen Aenderung der Konfursordnung, und von den Deputirten Giese, Knoch, Ruhn, Strauß, Erbe und Ruth wegen Aenderung in dem Forstgesetze vom März 1850, insbesondere hinsichtlich der Obliegenheiten der Bürgermeister.

× Koblenz, 1. Sept. In neuester Zeit hat eine Vermehrung unserer erektiven Polizei stattgefunden, und ist dabei unter Andern die Zahl der hiesigen Sergeanten um 3 erhöht worden. In Anbetracht, daß der städtische Fond dadurch sehr belastet wird, ist durch Ministerialreskript die Besoldung derselben auf Staatsfonds übernommen worden, was von Seiten unserer Stadt nur dankbar anerkannt werden kann. Man knüpft daran die Hoffnung, daß auch die übrigen durch die Vermehrung der Polizeikräfte entstandenen bedeutenden Kosten aus Staatsmitteln werden gedeckt werden.

Heute beehrte J. K. Hoh die Prinzessin von Preußen die beim Schluß des Schuljahres in der Aula des hiesigen Gymnasiums stattgefundene öffentliche Prüfung, welche mit einem Redekunst verbunden war, mit ihrer Gegenwart. Sie unterhielt sich mit mehreren der Lehrer und der ausgezeichnetsten Schüler, legte überhaupt lebhaftes Interesse für die Anstalt an den Tag. Gestern befundete die hohe Frau ihre Theilnahme an der Feier einer goldenen Hochzeit in dem nachbarten Ballendar dadurch, daß sie dem Jubelpaare einen schon gearbeiteten silbernen Pokal samt Gebetbuch verehrte, welchen der Bürgermeister des Orts mit einer passenden Anrede Namens der hohen Geberin glückwünschend überreichte.

Heute beginnen die Uebungen der einberufenen Landwehr-Pioniere, bestehend in Brückenschlagen und Minenanfertigen.

Ueber das Befinden Sr. K. Hoh. des Prinzen von Preußen sind, wie wir hören, beruhigende Nachrichten an J. K. Hoh. die Prinzessin von Preußen eingelaufen.

Bremen, 30. Aug. (Wes.-Z.) Der Bundeskommissar Staatsrath Fischer zeigt den H. Rössing und Mummy durch den elektrischen Telegraphen heute Morgen 10 Uhr 15 Minuten an, daß der Zuschlag des Schiffs „Deutschland“ für sie erfolgt sei; die offizielle Ausfertigung werde das nächste Dampfschiff von Bremerhaven bringen.

○ Berlin, 31. Aug. Heute Mittag bald nach 1 Uhr

trafen Se. Maj. der König, sowie J. Kaiserl. Hoheiten der Großfürst-Thronfolger von Russland und die Frau Großfürstin von Stettin auf dem hiesigen Stettiner Bahnhof ein. Ohne Aufenthalt begaben sich die Höchsten Herrschaften vermittlest der Verbindungsbahn nach dem Sanssouci fort. Für Berlin waren zur Vermeidung jeder Verzögerung alle Empfangsfeierlichkeiten abgesagt worden. Dagegen findet in Potsdam ein feierlicher Empfang der Höchsten Herrschaften statt. Se. Kön. Hoheit der Prinz von Preußen ist zu seiner vollständigen Wiederherstellung von den Folgen des neulichen Sturzes noch in Stettin verblieben, und wird erst am nächsten Freitag hier eintreffen. Dagegen ist der junge Prinz Friedrich Wilhelm Königl. Hoheit bereits heute Morgen um 10 Uhr von Stettin in Berlin eingetroffen, und hat als Hauptmann im 1. Garderegiment sofort bei seinem mit einem Theil des Regiments hier schon eingerückten Kommandeur sich gemeldet. Der Prinz wurde auf seiner Rückreise von St. Petersburg unterwegs durch Sturm, sowie durch einen Schaden an der Dampfmaschine des Schiffes aufgehalten, war in Folge dessen auf einem dänischen Postschiff nach Kronstadt zurückgekehrt und langte gestern Mittag zugleich mit J. Kaiserl. Hoheiten dem Großfürsten und der Frau Großfürstin in Swinemünde an.

Der größte Theil der Potsdamer Garnison ist zu den Herbstübungen heute im Laufe des Tages hier eingerückt und in der Stadt einquartirt worden. Ihre Hoheiten der Großfürst-Thronfolger und die Frau Großfürstin, welche wahrscheinlich übermorgen nach Weimar und Darmstadt abreisen, werden bis in den November eine Reise durch Deutschland und Italien machen, und auf dieser Tour dem Vernehmen nach auch Wien besuchen.

Heute Nachmittag hatten wir nach drückender Hitze hieselbst ein mächtiges Gewitter mit ganz ungewöhnlich häufigen Blitzen und starkem Regenguß. Ein Blitzstrahl fuhr in das Gebäude des Stadtgerichts in der Königsstraße, zündete in dessen glücklicher Weise nicht.

Frankreich.

Paris, 1. Sept. Der heutige „Moniteur“ enthält die schon bekannten Bedingungen, unter denen der H. Ardoin und Komp. die Konzession zur Erbauung eines Krystallpallastes auf dem Kreuzplatz der elyseischen Felder ertheilt wurde. Derselbe muß innerhalb zwei Jahren vollendet sein. Der halbamtliche Theil bringt folgende Erklärung, die mehrfachen Annahmen ein Ende macht: „Einige fremde Blätter fahren fort, die Zurückberufung der französischen Truppen, welche in Rom und Civitavecchia in Garnison sind, als nahe bevorstehend anzukündigen. Diese Nachricht ist eben so grundlos, als die Kommentare, die sie begleiten, und wir können versichern, daß sie den wenigsten Glauben in Rom selbst finden wird.“ Die beiden heute veröffentlichten Beschlüsse der Generalräthe der Departemente Gard und Sarthe enthalten keine Stabilitätswünsche. Von den zehn Beschlüssen der Bezirksräthe, welche heute der „Moniteur“ bringt, enthalten nur vier Wünsche für die Herstellung des Kaiserreichs.

Sowie die „Patrie“ gegen den Titel „ministerielles Blatt“, so protestirt heute der „Constitutionnel“ in einem Artikel des Dr. Béron gegen den Titel: „Elyseisches Blatt“.

Ein Dekret des Präsidenten rehabilitirt den im Prozesse des ehemaligen Ministers Fieschi vom Pairshofe verurtheilten General Cubières. — Die Erbauung einer neuen Straße, welche durch die Pyrenäen gehen und Toulouse mit Saragossa und Barcelona verbinden soll, ist Privatwege gegen Erhebung von angemessenem Fahrgeld überlassen worden.

Die Wahlen der Municipalitätsräthe werden überall mit großer Laubheit betrieben. In Valence haben von 5000 eingeschriebenen Wählern nur 1600, und in Rouen von 26,890 nur 6641 gewählt. Im Departement du Nord sind an mehreren Orten gar keine Wahlen zu Stande gekommen.

Der ehemalige Abgeordnete Michel Renaud hat erklärt, von der ihm am 15. August ertheilten Erlaubniß zur Rückkehr nach Frankreich keinen Gebrauch machen zu wollen. — Der „Univers“ zeigt an, daß bis jetzt alle Subskriptionen für die 250,000 Fr. betragenden Prozeßkosten des Paters Newmann sich auf 65,000 belaufen. Er fordert zur größeren Theilnahme auf und versichert, daß der Pater Newmann bereits seine Erkenntlichkeit gegen die Subskribenten zu erkennen gebe, indem er alle Dienstag und Freitag für sie eine Messe liest.

Der Artilleriehauptmann Lechevalier ist beim Scheitern von einer ricochetirenden Kanonenkugel tödtlich getroffen worden. — Der Anwalt der Sängerin Sonntag, welche mit dem Pianisten Eckert und dem Tenoristen Pezzolini sich nach Amerika eingeschifft hat, hat bei dem hiesigen Handelsgericht eine Klage gegen den Direktor der italienischen Oper, Hrn. Lumley, wegen nicht bezahlter Gage von 100,000 Fr. eingereicht. — Die Fälscher der Promessen von der Eisenbahn von Certe nach Bordeaux sollen bereits entdeckt sein; sie wurden im Departement der Gironde fabrizirt.

Der „Ami de l'Ordre“ im Departement der Nieder-Alpen macht die Namen von 74 am 15. Aug. begnadigten politischen Verurtheilten bekannt. — Die „Presse“ hat so eben vom Polizeiminister wegen eines Artikels des Hrn. Girardin gegen Hrn. Granier aus Cassagnac, worin „verleumderische Insinuationen gegen die Regierung“ enthalten sein sollen, eine zweite Verwarnung erhalten.

Ungefähr 300 Mann des in Rouen liegenden 23. Regiments, die seit 1845 dienen, sind entlassen worden, obgleich ihre Dienstzeit noch nicht ganz vorüber ist. Diese Maßregel soll auch auf die übrigen Regimenter ausgedehnt werden.

„Galignanis Messenger“ erzählt, Haynau sei dieser Tage in einer Abendgesellschaft von einem Franzosen auf zarte Weise befragt worden, ob wirklich jemals eine Frau auf seinen Befehl gepöckelt worden sei. Der greise General habe hierauf die feste Versicherung gegeben Dies sei eine infame Verläumdung; er habe sich 60 Stunden von dem Ort befunden, als ein Rittmeister sich diese Behandlung gegen die Gräfin . . . wegen einer beleidigenden Demonstration gegen den vom Thron abgetretenen Kaiser Ferdinand zu Schulden kommen ließ. Er habe ihn sofort getadelt und mit Arrest bestraft. „Man hat mir vorgeworfen“ — soll Haynau ferner gesagt haben, — „ich sei hart und grausam gewesen, ich hätte 18 Personen auf einmal hinrichten lassen u. s. w. Diese 18 Personen waren vom Kriegsgericht verurtheilt; ich hatte allerdings das Begnadigungsrecht, aber die Umstände veranlaßten mich, der Justiz freien Lauf zu lassen. Es gibt kein größeres Uebel für die Menschheit, als der Krieg; aber alle energischen Maßregeln, die ihm ein schnelles Ende machen können, sind eine Wohlthat für sie.“ So der „Messenger.“ Der General wohnte gestern einer Vorstellung in der großen Oper bei; drei Friedensoffiziere und eine Anzahl Polizeibeamten umgaben die Person des Generals. Eine Demonstration fand nicht statt.

Mehrere Gemeinderäthe haben „unbegrenzte Kredite“ für den Empfang des Präsidenten der Republik votirt.

Großbritannien.

London, 29. Aug. Die britische Regierung hat an das Kabinet von Lissabon eine energische Protestation in Betreff der Arrangements gerichtet, die für die Bildung einer Aktiengesellschaft getroffen worden, welche eine Eisenbahn von Lissabon nach Santarem und nach Oporto bauen und deren Betrieb übernehmen soll. Die portugiesische Regierung sagt dieser Gesellschaft die Garantie eines Zinsenminimums von 6 Proz. zu und bestellt zur Bürgschaft einen bestimmten Theil der sehr belangreichen Abgaben, welche die Staatskasse von der Bank von Lissabon bezieht. Diese Einkünfte der Staatskasse wurden aber bereits den auswärtigen Gläubigern Portugals zur Bürgschaft bestellt, und mit Recht haben die britischen Inhaber portugiesischer Vons Beschwerde über eine Maßnahme erproben, welche ihnen jedwede Sicherheit

einem Schuldner gegenüber entziehen würde, dessen schlimmen Glauben sie schon zu wiederholten Malen kennen gelernt. Aus New-York theilen die neuesten Berichte mit, daß das Projekt einer amerikanischen Expedition nach Japan definitiv wieder aufgegeben worden ist.

Neueste Post.

* Nach Briefen aus Washington wird mit England wegen eines Vertrages zum gegenseitigen Schutze des literarischen Eigenthums unterhandelt. Im Senate wurde eine Resolution gefaßt, den Präsidenten um Absendung eines Agenten nach den Sandwichs-Inseln zu ersuchen, der über die Zweckmäßigkeit von Unterhandlungen zur Erwerbung jener Inseln berichten soll.

Die Fischerstreitigkeit war wieder der Gegenstand von heftigen Debatten in dem Senat; doch hofft man, daß die Sache bald und ohne große Schwierigkeiten beigelegt sein wird. Zwischen dem Präsidenten Fillmore und dem Staatssekretär D. Webster soll eine vollkommene Ausöhnung stattgefunden haben.

Nach der „Berling. Ztg.“ hätte die dänische Regierung die Schleifung der Festung Rendsburg beschlossen.

Die Berliner „Lith. Corr.“ erfährt, daß noch im Lauf des 30. Aug., unmittelbar nachdem die preussische Erklärung gegeben war, eine vertrauliche Besprechung zwischen den Bevollmächtigten der süddeutschen verbündeten Staaten stattgefunden habe. Sie will zugleich gehört haben, daß Seitens der Bevollmächtigten von Bayern und Württemberg die Zusage gegeben ist, die Replik auf die preussische Erklärung möglichst zu beschleunigen.

Dem „Fr. J.“ wird berichtet, daß im Ausschusse der kurhessischen Ersten Kammer in Betreff der Anlebensfrage von dem Berichterstatter, Hrn. v. Eschwege, große Schwierigkeiten gemacht werden. Er bestrebe namentlich auf vorausgehender Vorlage des Budgets und wolle zuvor die Verfassungsfrage erledigt wissen.

In Mainz gibt man sich der Hoffnung hin, noch in diesem Jahre die Bahnstrecke bis Oppenheim eröffnen zu können.

Der Einladung der Direktion der pflanzlichen Ludwigsbahn folgend, hat Se. Maj. König Ludwig in den letzten Tagen eine Vergnügungsfahrt auf derselben gemacht, und ist auf der romantisch gelegenen Burg Diemerstein nächst Frankenberg bei deren jetzigem Eigenthümer, Baurath Denis, angekehrt. Die Tunnel waren bei der Fahrt durch farbige Lampen erleuchtet und boten einen herrlichen Anblick.

Der mit der Ueberreichung des Tanfimatirans beauftragte türkische Abgesandte, Araf Bey, ist endlich in Egypten angekommen und sofort nach Cairo weitergereist. Der Tanfimat wird mit großem Pomp veröffentlicht werden.

Man schreibt aus Rangun, 22. Juli: Die Birmanen sollen beabsichtigen, sich in Prome 50,000 Mann stark zu konzentriren, um die englischen Truppen energisch anzugreifen. General Godwin wird nur 10,000 Mann gegen Ava führen.

Karlsruhe, 2. Sept. Auf dem hiesigen Fruchtmarkt am 1. September wurden verkauft: 175 Malter Haber, alter zu 5 fl., neuer zu 4 fl. 20 kr. Kunsfmehl Nr. 1 (per Malter zu 150 Pfund) 15 fl.; Schwingmehl Nr. 1 13 fl.; Mehl in drei Sorten von Nr. 1-3 10 fl. 30 kr.

In der hiesigen Mehlhalle blieben aufgestellt 38,571 Pfd. Mehl. Eingeführt wurden vom 26. bis incl. 31. Aug. 141,508 „ „ 180,379 Pfd. Mehl. Davon verkauft 130,454 „ „ Blieben aufgestellt 49,925 Pfd. Mehl.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Freitag, den 3. September, 78. Abonnementsvorstellung, 3. Quartal, zum ersten Male: Die schöne Müllerin, Lustspiel in 1 Akt, von L. Schneider. — „Jean“: Hr. Wilke, als Gast. — Hierauf, neu einstudirt: Der reisende Student, oder das Donnerwetter, komisches Singpiel in 2 Akten, Musik von Winter. — „Wilhelm Rauber“: Hr. Wilke, als Gast.

Todesanzeigen.
E.705. Karlsruhe. Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht von dem am 31. August d. J., Nachmittags halb 2 Uhr, in einem Alter von 72 Jahren 6 Monaten erfolgten Hinscheiden des Großh. Bad. Geheimen Referendars Weber in Karlsruhe. Karlsruhe, den 1. September 1852.

Die Hinterbliebenen.
E.715. Karlsruhe. Theilnehmenden Freunden geben wir hierdurch die traurige Nachricht, daß unsere liebe Schwester Stephanie Waag nach längern Brustleiden heute sanft entschlafen ist. Karlsruhe, den 2. September 1852.

Julius Waag, Postoffizial, für sich und seine beiden Schwestern.

E.712. Baden. Freunden und Bekannten bringe ich die Trauerkunde, daß gestern meine geliebte Tochter Lina nach viertägigem Krankenlager in ihrem neunten Lebensjahre sanft dem Herrn entschlafen ist. Meinem herben Schmerz möge Gott lindern! Baden, den 1. September 1852.

Nanette Maurus, Hauptmanns Wittve, geborne Becht.

E.722. Von dem am 28. August d. J., Nachts 10 Uhr, erfolgten Ableben unserer unvergesslichen Schwester und Tante, der Obrist von Brandt Wittve, segnen wir Verwandte und Freunde in Kenntniß. Bezirksförster Böhringer Wittve nebst Kindern.

E.704. Karlsruhe. Bekanntmachung. Das Badische Eisenbahn-Lotterie-Ansehen gegen 35-fl.-Loose vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung des oben genannten Lotterie-Ansehens sind nachstehende Nummern herausgekommen, welche an der planmäßig am 30. September d. J. stattfindenden siebenundzwanzigsten Gewinnziehung Theil nehmen: Serie-Nr. 507, 842, 916, 1033, 1278, 1346, 1543, 1620, 1766, 1836, 1843, 1989, 2341, 2627, 2814, 2880, 2971, 3156, 3459, 3611, 3722, 4201, 4504, 4590, 5643, 5646, 5678, 5858, 5891, 6038, 6181, 6250, 6386, 6314, 6378, 6994, 7228, 7333, 7467, 7645.

Dieses wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Karlsruhe, den 31. August 1852. Großh. Bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

E.710. Baden. Bei Buchsenmacher Nagel in Baden findet ein guter Arbeiter Beschäftigung.

E.454. [3]. Landau. Bierbrauerei zu vermieten in Landau, Rheinbayern.

Das Nähere darüber bei Friedrich Schneider, Weinbändler alda; bis zum 1. October d. J.



E.657. [2]. Karlsruhe. Ankündigung.

Von der Schützengesellschaft und der Residenzstadt Karlsruhe wird zur Feier des Geburtsfestes Seiner königlichen Hoheit des Regenten, sowie des 100jährigen Bestehens der Gesellschaft vom 9. bis 13. September d. J. ein großes Freischießen im Werth von 1000 fl. abgehalten; wozu wir damit sämmtliche Schützen und Schützengemeinden höflich einladen. Karlsruhe, den 1. Sept. 1852.

Verwaltungsrath der Schützengesellschaft.

E.295. [4]. Biberach in Württemberg.

Camphinlampen und Camphin.

Wir empfehlen für diese Saison wieder unser Sortiment von 64 verschiedenen Camphinlampen, darunter:

- Brillant-Mococo-Lüstres von 48 fl. — 120 fl. das Stück,
- Spieltisch-Lampen — mit schönster Beleuchtung —
- Comptoir-, Billard-, Küchen- und Nachttischlampen.

Unsere Lampen sind aufs solideste gearbeitet und elegant lackirt, so wie es uns gelungen ist, einen Camphin zu erzeugen, welcher sich bis auf den letzten Tropfen krystallrein erhält, und eine brillante Leuchtkraft erzeugt. — Zeichnungen von unsern Lampen stehen mit Vergnügen zu Diensten. — Die Preise sind aufs billigste gestellt und für die Herren Wiederverkäufer billigte Notirung zugesichert. — Für jede unserer Lampen liefern wir Garantie. Biberach in Württemberg, August 1852.

Camphinfabrik
von Consoni Rheinbart.

E.709. [2]. Reichenbach im Säch. Voigtlande.

Agenten-Gesuch.

Für ein courantes Geschäft, dessen Artikel sowohl in Städten wie auf dem Lande Absatz finden, und von jedem Stande übernommen werden können, werden zur größeren Ausdehnung desselben gegen hohe Provision thätige und reelle Agenten gesucht. Kaufmännische Kenntnisse werden gewünscht, sind aber nicht gerade erforderlich. Offerten beliebe man unter Chiffre D. 381. poste restante Reichenbach im Sächsischen Voigtlande franco einzusenden.

E.716. Karlsruhe.

Neue holl. Milch-Vollhöringe

in 1/10, 1/5 und 1/2 Tonnen billig, marinirte Höringe, frische französische Anchois, voll. Carbelln, frisch geräucherter Lachs, — frischen deutschen Kaviar, — neue veroneser Salami, Bramschweiger und Göttinger Würste, westphälische Schinken, sowie — achten Münsterkäse in Schachteln — u. u. empfiehlt

G. Kretsch.

